



Arbeitsgruppe Anerkennung – gegen Genozid, für Völkerverständigung e.V. (AGA)

Berlin, den 27. April 2015

An den
Bundestagspräsidenten
Prof. Dr. Norbert Lammert
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1

11011 Berlin

- **Resolutionen der Bundestagsfraktionen zum Genozid an den Armeniern im Osmanischen Reich**

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident Prof. Dr. Lammert,

am 2. November 2014 haben wir Sie wegen der 100. Jährung des Gedenkens an den osmanischen Genozid an über drei Millionen Christen – 1,5 Millionen Armenier (nach Schätzung der Deutschen Botschaft Konstantinopel vom 4.10.1916), einer halben Million aramäischsprachiger Christen und über einer Million griechisch-orthodoxer Christen – angeschrieben.

Es ist begrüßenswert, dass der Deutsche Bundestag am 24. April 2015 über eine Stunde aus Anlass der 100. Jährung diskutiert hat und dass Sprecher aller im Bundestag vertretenen Fraktionen deutliche Worte fanden, um die „Massaker“ und „Vertreibungen“ mit dem einzig rechtlich wie sachlich angemessenen Wort zu bewerten: als Genozid. Wir danken Ihnen auch persönlich für Ihren engagierten Beitrag zu Beginn der Fragestunde.

Dem Bundestag liegen nun drei unterschiedliche Beschlussanträge vor, die zur weiteren Erörterung an den Auswärtigen Ausschuss verwiesen wurden. Wir hoffen, dass der Ausschuss eine Möglichkeit findet, die bisherige Beschlussvorlage der Großen Koalition auch in der Überschrift so zu formulieren, dass diese Resolution zu einem Beitrag für die Aufarbeitung der Schnittpunkte osmanischer, armenischer und deutscher Geschichte werden kann. Die armenischen Staatsbürger des osmanischen Reiches sind 1915 nicht über die nächste Staatsgrenze vertrieben worden, sondern wurden unter bewaffneter Bewachung gezielt in Hungergebiete deportiert, von denen die Entscheidungsträger wussten, dass dort ein Überleben unmöglich war.

Arbeitsgruppe Anerkennung – Gegen Genozid, für Völkerverständigung e.V.

Kontakt: Postfach 41 10 24, 12120 Berlin

Email: Tessa.Hofmann@aga-online.org

<http://www.aga-online.org>

Wir hoffen auch, dass der Deutsche Bundestag die Vernichtung der griechisch-orthodoxen Bevölkerung – nicht nur im Pontos – vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg berücksichtigt, zumal in mindestens einem Fall Deportation von griechisch-orthodoxen Christen von einem deutschen Befehlshaber während des Weltkrieges angeordnet worden war.

Wir hoffen schließlich, dass der deutsche Gesetzgeber eine Resolution zum osmanischen Völkermord möglichst zeitnah, d.h. noch in diesem Gedenkjahr verabschieden wird, und danken Ihnen im Voraus für eine Einschätzung, wann mit der Abstimmung gerechnet werden darf?

Mit freundlichen Grüßen
i.A. des Vorstands

(Dr. Tessa Savvidis)